A21Neu

Antrag

Initiator*innen: Ben Lüdke (KV Steinburg)

Titel: **Unsere Finanzverwaltung fit für die Zukunft machen. Steuerbetrug verhindern.**

Antragstext

Unsere Finanzverwaltung fit für die Zukunft machen. Steuerbetrug verhindern.

Unsere Finanzverwaltung ist die Grundlage für einen handlungsfähigen Staat. Sie sorgt dafür, dass Steuergerechtigkeit hergestellt, öffentliche Aufgaben finanziert und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit des Staates gesichert werden. Die Beschäftigten unserer Finanzverwaltung leisten damit tagtäglich einen unverzichtbaren Beitrag zum Funktionieren unseres Gemeinwesens - das sollten wir stärken.

Die Finanzverwaltung muss stark bleiben!

Fachkräftemangel, demografischer Wandel und steigende Fallzahlen führen zu Belastungen und längeren Bearbeitungszeiten. Deshalb muss durch zusätzliche Nachwuchskräfte sichergestellt werden, dass die Finanzverwaltung auch in der Zukunft schlagkräftig bleibt.
Das Land sollte als attraktive Arbeitgeberin wahrgenommen werden, die mit der Wirtschaft konkurrieren kann. Dazu gehören eine faire Bewertung der Dienstposten, gute Beförderungsperspektiven und verlässliche Haushaltsmittel. Schleswig-Holstein befindet sich hier bereits auf einem guten Weg, indem fortlaufend an einer Erhöhung der Bewertung der Personalstellen gearbeitet wird. sowie ein gutes Beförderungsbudget im Haushalt gesichert wird. Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden.

Das Ziel

muss es sein, die Anzahl der für die Landesregierung tätigen Steuerfahnder*innen deutlich zu erhöhen. Hierfür muss die Attraktivität dieser Tätigkeit weiter gesteigert werden.

Kommunikation verbessern - zwischen Behörden und innerhalb der Finanzverwaltung.

Um geltendes Recht durchzusetzen, sollten alle Behörden besser zusammenarbeiten können. Dafür braucht es gemeinsame, bundesweit einheitliche digitale Lösungen, um Doppelstrukturen zu vermeiden und gleiche Wissensstände zu schaffen. Auf ein solches gemeinsames digitales Register müssen nicht nur Behörden im Bereich des Steuer- und Finanzrechts, sondern auch Gewerbeämter und Zoll Zugriff erhalten, um in allen Bereichen Steuerschäden und Betrug zu verhindern.

Zusätzlich soll das Land Schleswig-Holstein den beschrittenen Weg der "Task Force Geldwäsche" entschieden fortsetzen, diese ist ein wichtiger Bestandteil im Gesamtsystem der Geldwäschebekämpfung! Hierfür wird eine gänzlich neue Koordinierungs- und Ermittlungseinheit bei der Generalstaatsanwaltschaft (KEOK) samt einem schlagkräftigen polizeilichen "Unterbau" beim Landeskriminalamt, einschließlich dort tätigen Verbindungsleuten zu Steuerfahndung und Zoll, sowie einer Schnittstelle zur Financial Intelligence Unit (FIU) gegründet. Dieses neue System erzeugt durch die strafrechtliche Einziehung von inkriminierten Vermögenswerten Einnahmen für den Landeshaushalt und soll weiter ausgebaut werden.

Außerdem sollte der interne Bürokratieabbau innerhalb der Finanzverwaltung vorangehen: Die Expertinnen und Experten in den Ämtern wissen am besten, wo Abläufe verbessert werden können und welche Vorschriften evaluiert werden müssen. Dieses Wissen muss systematisch genutzt werden. Dies kann beispielsweise über ein digitales Feedback-Tool geschehen, über das Beschäftigte bürokratische oder rechtliche Hürden melden und Lösungsvorschläge einbringen können. Dieser Prozess sollte unter Einbindung der Mitarbeitenden in allen Ämtern stattfinden.

Rechtsgrundlagen anpassen.

Der Staat muss in der Lage sein, betrugsrelevante Daten rechtssicher erheben zu können, um Geldflüsse besser nachvollziehen und Steuerbetrug effektiv zu bekämpfen. Insbesondere benötigen wir im Kampf gegen Geldwäsche die Beweislastumkehr nach italienischem Vorbild. Das bedeutet: Wer verdächtigt wird, mit illegalem Geld zu arbeiten, muss nachweisen, dass sein bzw. ihr Vermögen aus legalen Quellen stammt. Zudem müssen bereits bekannte Steuerschlupflöcher geschlossen werden. So soll bspw. niemand, der Steuerrückstände hat, ein neues

Gewerbe anmelden können, ehe nicht alle Rückstände beglichen sind. Das bereits etablierte Modell bei der Kfz-Steuer soll hierbei als Vorbild dienen.

Mitarbeitende schützen.

In einem zunehmend raueren gesellschaftlichen Klima brauchen die Mitarbeitenden der Finanzverwaltung, die täglich Steuerbetrug aufdecken und für die Finanzierung des Gemeinwesens sorgen, besonderen Schutz. Hierfür muss ihre Sicherheit zu jedem Zeitpunkt - sowohl am Arbeitsplatz als auch im Außendienst - gewährleistet sein. Dafür ist eine enge Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden, insbesondere in der Planung von Außeneinsätzen unerlässlich. Außeneinsätze sollten grundsätzlich nicht alleine durchgeführt werden. Die Einschätzung von Gefahren ist dabei regelmäßig zu evaluieren und ggf. anzupassen.

Unterstützer*innen

Karsten Ellmenreich (KV Neumünster), Bianca Nienaber (KV Neumünster)